

Europäische Forschungsinitiative zur stofflichen Kohlenutzung angeregt



Bildunterschrift!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

„In Sachsen-Anhalt stimmt die Chemie.“ Das sagte Sachsen-Anhalts Wissenschafts- und Wirtschaftsministerin Prof. Birgitta Wolff zum Auftakt des 9. Kongresses des Europäischen Chemieregionen Netzwerkes ECRN, dessen Präsidentin sie seit Mai dieses Jahres ist. Diese Aussage wurde an drei aufeinander folgenden Tagen im Oktober eindrucksvoll bestätigt. Vom 26. bis 28. Oktober rief ein Konferenz-Trio Chemie-Experten aus vielen Ländern Europas nach Sachsen-Anhalt. Mit dem Fachsymposium des ibi-Innovationsforum, dem ECRN-Kongress und dem Treffen der deutschen Chemiecluster fanden unmittelbar hintereinander drei hochkarätige

Veranstaltungen der internationalen Chemiebranche in Sachsen-Anhalt statt. Der Kongress widmete sich dem Austausch im Chemiebereich auf europäischer Ebene sowie der Diskussion über den künftigen Einsatz der EU-Strukturfonds. „Wir wollen durch das ECRN bei der Ausgestaltung der künftigen europäischen Innovations- und Forschungsförderung ein Wörtchen mitreden“, erklärte die Ministerin. Christoph Mühlhaus, Sprecher des Cluster Chemie/Kunststoffe Mitteldeutschland ergänzte: „Die Region kann mit der stofflichen Verwertung von Braunkohle zum weltweiten Technologieführer werden.“ Alberto Cavalli, ECRN-Vizepräsident und

Untersekretär für Universität und Forschung der Region Lombardei (Italien) erklärte, dass das ECRN Einfluss nehmen müsse auf die 2012 bevorstehende Überarbeitung der Chemikalienverordnung Reach. Bürger und Umwelt seien gleichermaßen zu schützen, so Cavalli. Utz Tillmann, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Chemischen Industrie forderte eine Verzahnung von Struktur- und Industriepolitik. Er sagte: „Chemie ist als `Industrie der Industrie` ein wesentlicher Bestandteil des europäischen Industriennetzwerkes.“ Der ECRN-Vizepräsident und Ministerialdirigent im Wirtschaftsministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Karl-Uwe Bütof, forderte, Konsequenzen aus dem demographischen Wandel zu ziehen und die Versorgung mit Fachkräften zu sichern. Der Leiter des Büros der Vertretung Sachsen-Anhalts bei der EU, Thomas Wobben, riet, im kommenden Jahr die Inhalte der EU-Strukturfonds für die Förderperiode bis 2020 zu beraten. 2012 würden strategische Weichen gestellt.

Editorial



Demografischer Wandel und Innovationen fordern europäische Chemieregionen heraus



Bildunterschrift!!!!!!!!!!!!!!

Die Chemiebranche steht vor vier Herausforderungen, bei denen ECRN und die Politik helfen könnten, sie zu meistern. Das hob die Präsidentin des Europäischen Chemieregionen Netzwerkes ECRN und Wissenschafts- und Wirtschaftsministerin des Landes, Prof. Birgitta Wolff, in ihrer Zusammenfassung der Konferenz hervor. Als erstes nannte sie den demographischen Wandel. Er sei geprägt vom Wettbewerb um die „Brains“, wie sie sagte. Entweder es würden mehr Menschen geboren oder sie müssten so exzellent ausgebildet werden, damit

sie ihre PS auf die Straße bringen könnten. Das fordere sowohl Schulen, Hochschulen, Universitäten als auch Industrie und Gewerkschaften heraus. Zweitens nannte sie die Klima- und Umweltpolitik. Der verantwortungsvolle Umgang mit CO2 erfordere innovative Lösungen. Innovationen könnten auch aus Ecken kommen, an die man heute noch gar nicht denke, sagte die Ministerin. In ihren einführenden Worten zu Beginn der Konferenz hatte sie bereits davon gesprochen, dass ab 2030 eine CO2-arme Technik zur Verfügung stehen werde, an die

heute noch niemand denke. „Das Leben der Wissenschaft ist voller Überraschungen“, erklärte sie. Als dritte Herausforderung bezeichnete die Wissenschafts- und Wirtschaftspolitikerin die Energie- und Ressourcennutzung. Dabei hob sie die Rolle von Biomasse und einheimischer Braunkohle hervor. „Das scheint sich ein Forschungstrend herauszubilden“, erklärte sie zum Abschluss der Konferenz nachdem sie bei ihrem Auftakt bereits auf die Chancen hingewiesen hatte, die sich aus der stofflichen Nutzung der Braunkohle für die Chemie erge-



dass dieses in Mitteldeutschland angestoßene Thema Europa weit auf Interesse stößt. Schließlich hob sie als vierte Herausforderung die Bedeutung von Innovationen hervor. Sie erfüllten erst ihren Sinn, wenn Innovation und ihr Transfer in neue Produkte einfließen. Dabei unterstrich Prof. Wolff,



Bildunterschrift!!!!!!!!!!!!!!

ben können. Daraus ergäben sich nicht nur neue Möglichkeiten für Chemiker, sondern auch für Bergleute sowie Maschinen- und Anlagenbauer. Es habe sich sowohl während des i bi-Innovationsforums als auch auf der ECRN-Konferenz gezeigt,

dass der Begriff der Innovationen nicht nur auf Produkte, sondern auch auf Prozesse und Strukturen anzuwenden ist. Das beziehe sich zum Beispiel



Bildunterschrift!!!!

Sicherung des Fachkräfteangebots erfordert Mix verschiedener Hebel

Der demografische Wandel vor allem in hochindustrialisierten Staaten Europas stellt die Chemische Industrie in diesen Ländern vor große Herausforderungen bei der Sicherung der Fachkräfte. Dabei gibt es zwischen ihnen deutliche Unterschiede. Während zum Beispiel Spanien und Frankreich vergleichsweise hohe Geburtsraten aufwiesen, seien sie in Italien und Deutschland mit 1,4 Kindern je Frau deutlich niedriger. Bis zum Jahr 2025 werde das Arbeitskräftepotential in Deutschland von 44,6 Millionen Männern und Frauen auf 38 Millionen sinken. Das sagte Karl-Uwe Bütöf, ECRN Vize-Präsident und Ministerialdirigent im Ministerium für Wirtschaft und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen, bei der Zusammenfassung der Ergebnisse des Workshops „Demografischer Wandel und die Erhaltung von Fertigkeiten und Wissen als Gemeinschaftsaufgabe von Unternehmen und Politik“.

Lutz Mania von der Bundesagentur für Arbeit verwies darauf, dass sich das Fachkräfteangebot nur durch einen Mix verschiedener Hebel nachhaltig steigern lässt. Nach seinen Ausführungen lässt sich die Anzahl qualifizierter Arbeitskräfte sowohl durch die Erhöhung der Zahl qualifizierter Fachkräfte innerhalb Deutschlands als auch durch die Zuwanderung

von qualifizierten Fachkräften erhöhen. Eine höhere Wertschöpfung der Arbeitskräfte hingegen könne über die Ausweitung des Arbeitszeitvolumens, durch Ausbildung und Qualifizierung sowie durch eine verbesserte Transparenz des Arbeitsmarktes erreicht werden. Nach Manias Angaben gibt es derzeit 65 000 gering qualifizierte Beschäftigte in Sachsen-Anhalt. Wenn es gelänge, Beschäftigte ohne Ausbildung bis zum Jahr 2020 um zehn Prozent zu reduzieren, so Mania, ständen 28 000 Fachkräfte zusätzlich zur Verfügung.

Bernd Wolter vom Arbeitgeberverband Nordostchemie würdigte die Ausbildungsleistung vieler sowohl großer als auch kleiner und mittlerer Unternehmen der Branche. „Rund 70 Prozent unserer Unternehmen bilden aus“, berichtete er. „Erfreulich ist, dass sich kein Unternehmen in der Krise aus wirtschaftlichen oder sonstigen Gründen aus der Ausbildung komplett zurückgezogen hat“, sagte Wolter. Er verwies im gleichem Atemzuge darauf, dass die Lage auf dem Ausbildungsmarkt immer schwieriger werde. Von den in zwei Jahren angebotenen Plätzen hätten sechs Prozent nicht mit geeigneten Bewerbern besetzt werden können. Er kennzeichnete Teile der Tarifpolitik als direkte Strategien zur Sicherung des Fachkräftebedarfs.

Spezielle Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit sehen die Arbeitgeber als indirekte Strategien zur Sicherung des Fachkräftebedarfs. Als Beispiele nannte Wolter die Aktion „Pro Chemieunterricht“, Schülerwettbewerbe, Lehrerfortbildungen, die Förderung von Lehramtsanwärtern und Referendaren sowie eine Mentoring- und Chemiedidaktikförderung. Auch Herbert Manley, Exekutiv Member West and Chester Council, Großbritannien, unterstrich die Notwendigkeit, sich stärker in der Weiterbildung zu engagieren und Initiativen in Schulen zu entwickeln. Die Notwendigkeit angesichts des demografischen Wandels qualifiziertes Personal zu entwickeln, hob Michael Wolters aus der Sicht der Europäischen Föderation der Bergbau-, Chemie- und Energiegewerkschaft EMCF hervor.

Am Beispiel der „Wissensfabrik“ Ludwigshafen stellte deren Vorstandsvorsitzende, Johanna Coleman, dar, wie mehr als 70 Unternehmen und Unternehmensnahe Stiftungen sich in Bildungsprojekten und bei der Unterstützung von Jungunternehmern und Existenzgründern engagieren, um den Standort Deutschland zu stärken und öffentliche Impulse zu setzen.



Lutz Mania, Bundesagentur für Arbeit: Wenn es gelingt, die Zahl der in Sachsen-Anhalt Beschäftigten ohne Ausbildung bis zum Jahr 2020 um zehn Prozent zu reduzieren stehen 28 000 Fachkräfte zusätzlich zur Verfügung.



Bernd Wolter, Arbeitgeberverband Nordostchemie: Rund 70 Prozent unserer Unternehmen bilden aus.



Herbert Manley, Exekutiv Member West and Chester Council, UK: Es ist notwendig, sich stärker in der Weiterbildung zu engagieren und Initiativen in Schulen zu entwickeln.



Johanna Coleman, Vorstandsvorsitzende der „Wissensfabrik“ Ludwigshafen: In der Wissensfabrik arbeiten als 70 Unternehmen und Unternehmensnahe Stiftungen zusammen um den Standort Deutschland zu stärken.

Workshop beschreibt neue Wege der Innovationspolitik

„Biomasse und Braunkohle sind die Alternativen zum Erdöl und Erdgas, um zukünftig Unabhängigkeit und Preisstabilität zu wahren.“ Das sagte Andreas Hiltermann, Geschäftsführer der InfraLeuna GmbH, im Workshop „Neue Wege der Innovationspolitik“. Er beschäftigte sich mit innovativen Alternativen der zukünftigen Rohstoffversorgung der chemischen Industrie. Hiltermann hob hervor, dass der Chemiestandort Leuna und die mitteldeutsche Petrochemie zurzeit einseitig Öl und Gas als Rohstoffe nutzen. Das Chemisch-Biotechnologische Prozesszentrum der Fraunhofer-Gesellschaft in Leuna werde Verfahren entwickeln, die eine hohe Wertschöpfung für Spezialprodukte hervorbringen. Dagegen sei die Braunkohle der mitteldeutsche Rohstoff der Zukunft für Massenprodukte. Mit dem Projekt „Innovative Braunkohlenintegration in Mitteldeutschland“ („ibi“) würden Verfahren entwickelt, die Leuna eine Zukunft als Braunkohle-Chemiepark geben, blickte Hiltermann voraus. Die Herausforderungen liegen nach seinen Worten im energetischen und stofflichen Verbund, der insbesondere in einem Chemiepark die Integration von Firmen ermöglicht, die eine Vielzahl von Chemieprodukten für unterschiedliche Geschäftsfelder herstellen.

Braunkohle und Biomasse werden die Rohstoffe Öl und Gas sinnvoll und innovativ ergänzen.

Reiner Roghmann, Geschäftsführer der Dow Olefinverbund GmbH, erläuterte die Sichtweise eines global agierenden Chemiekonzerns auf die sich veränderte Welt. Die vier Megatrends „Ernährung, Gesundheit“, „Energie“, „Konsumtion“ und „Transport, Infrastruktur“ böten den neu strukturierten Geschäftsbereichen der Dow zahlreiche Ansatzpunkte für Wachstum. Am Beispiel der Energiewende in Deutschland verdeutlichte er, wie die Produktentwicklungen der chemischen Industrie den neuen Herausforderungen entsprechen könnten.

Den neuen Denkansatz „Open Innovation“, der durch das Chemcluster Projekt Verbreitung gefunden hat, erläuterten Dirk Plees und Theo Hommels aus dem niederländischen Limburg. Sie hoben hervor, dass mit diesem Herangehen in der Phase der Generierung von Ideen wesentlich mehr Partner einbezogen sind. Das eröffne auch bessere Chancen für die Umsetzung in Innovationen, mit denen die engagierten Projektpartner dann wirtschaftlichen Erfolg erzielen. Im Bereich des Chemieparks Chemlot habe sich ein leistungsfähiger Cluster entwickelt,

der Wirtschaft und Wissenschaft in neuer Weise verzahne, berichteten die Niederländer.

Prof. Matthias Petzold vom Fraunhofer Institut für Werkstoffmechanik Halle beschrieb an Hand von Projektbeispielen der mitteldeutschen Fraunhofer-Einrichtungen wie diese Institute Themen der chemischen Industrie aufgreifen.

Mit historischen Slogans und Schaubildern wie „Chemie bringt Brot, Wohlstand und Schönheit“ und „Plaste und Elaste aus Schkopau“, die ganze Generationen geprägt haben, führte er in das Thema ein. Am Beispiel der aktuellen Aufgaben des Fraunhofer Pilotanlagenzentrums für Polymersynthese und Polymerverarbeitung und des künftigen Chemisch-Biotechnologischen Prozesszentrums sowie Spitzenthemen des Institutes für Werkstoffmechanik wurde deutlich, dass die Integration der anwendungsorientierten Fraunhofer-Forschung in die Themen der Chemiestandorte sehr wohl gelungen ist. Resümee: Die Chemieparks haben insbesondere durch das Engagement der Fraunhofer Gesellschaft mit Recht den neuen Status „knowledge sites“ erreicht.

Karl-Uwe Bütof, ECRN-

Vizepräsident, Ministerialdirigent im Wirtschaftsministerium des Landes Nordrhein-Westfalen: Aus dem demographischen Wandel müssen Konsequenzen gezogen und die



Prof. Birgitta Wolf, Ministerin für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt: Geplant ist die Errichtung einer Pilot- bzw. Demonstrationsanlage zur Kohlechemie am Industriestandort Leuna.



Alberto Cavalli, ECRN-Vizepräsident, Untersekretär für Universität und Forschung der Region Lombardei (Italien): Das ERCN muss Einfluss nehmen auf die 2012 bevorstehende Überarbeitung der EU-Chemikalienverordnung Reach. Bürger und Umwelt sind gleichermaßen zu schützen.



Utz Tillmann, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Chemischen Industrie: Chemie ist als „Industrie der Industrie“ ein wesentlicher Bestandteil des europäischen Industriennetzwerkes. Daher nutzt eine Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie insgesamt.



Versorgung mit Fachkräften gesichert werden: Dabei müssen neue Wege in der Innovationspolitik beschritten werden.

Logistik stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Chemie-Industrie

Im Jahr 2025 sollen 4,5 Millionen Tonnen Chemiegüter von West- nach Osteuropa transportiert werden. Wenn nichts unternommen werde, rollen diese Güter über die Straßen. Immer mehr davon seien Gefahrgüter, warnte Wolfgang Schnabel, Senior Supply Chain Manager bei der Dow Olefinverbund GmbH mit dem Hinweis auf entsprechende Studien. Während der Transport auf der Straße 62 Gramm pro Tonne und Kilometer CO₂ verursache, seien es beim intermodalen Verkehr auf Straße und Schiene nur 26 Gramm. Er verwies auf das von 2008 bis 2011 gelaufene von der Europäischen Union geförderte Projekt Chemlog, das auf die Verbesserung der Transportwege für chemische Güter von West nach Osteuropa gerichtet war. Das sei um so wichtiger, da osteuropäischen Märkte schnell wüchsen, die Verkehrsinfrastruktur aber veraltet sei. Europa befindet sich nach Schnabels Worten dabei mit Saudi-Arabien und China im Wettbewerb um diese Märkte. „Logistik stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Chemie-Industrie“, hob Schnabel bei der Zusammenfassung der Ergebnisse des Logistik-Workshops hervor. Mit Chemlog sind folgende Ziele verfolgt worden: Gestärkt werden sollen die Transportwege auf dem Wasser und der S c h i e n e .

Zu unterstützen ist der Bau von Pipelines, dem effektivsten Transportweg für chemische Güter. Logistik-know-how ist nach Osteuropa zu transferieren. Die Planung der Infrastruktur in den europäischen Ländern muss koordiniert werden. Die Transportkorridore von Mittel-, Nord- und Süd-Europa in den Raum Moskau sind auszubauen. Schnabel berichtet von dem Vorhaben, einen dezentralen zentralen Verkehrsknotenpunkt in Sachsen-Anhalt zu schaffen, der Chemiegütertransporte in Richtung Osteuropa bündeln soll.

Intensive Gespräche

Die Firmen Dow, BASF, Infra-Leuna, der Hafen Halle, der Logistik-Dienstleister Hoyer sowie das isw Institut Halle befinden sich darüber laut Schnabel in intensiven Gesprächen. Der Verband der Chemischen Industrie e.V., Landesverband Nordost, unterstützt das Vorhaben. Notwendig seien Konsultationen auch mit Russland und der Ukraine. Zu organisieren seien Joint Ventures und Know-how-Transfers. „Das Thema Chemielogistik gehört auf die Tagesordnung der Gespräche auf hoher Ebene zwischen der Europäischen Union mit Russland und der Ukraine“, forderte Schnabel. Verbessert werden müsse auch die Wahrnehmung der Branche in der Öffentlichkeit. Unter dem Dach des ECRN gäbe es für

Chemlog viele Möglichkeiten der Kooperation, regte Schnabel an.

Das Folgeprojekt von Chemlog soll sich mit der Verfolgung von Gefahrguttransporten im intermodalen Verkehr beschäftigen.

Prof. Uwe Arnold vom Netzwerk Logistik Leipzig/Halle hob hervor, dass Leipzig/Halle als die dynamischste Logistik-Region in Deutschland gilt. Er unterstützte die Idee, die Region als zentrale Güterdrehscheibe in West-Ost- und Nord-Süd-Richtung auszubauen.

Vaclav Zivec, Vertreter des Verbandes der Chemischen Industrie der Tschechischen Republik, sprach sich für die Verbesserung des intermodalen Transports in Richtung Russland und Ukraine aus. Dabei seien im internationalen Güterverkehr Sicherheitsstandards einzuhalten. Es müssten immer mehr Güter von der Straße auf die Schiene verlagert werden. Claudio Nava aus der Provinz Novara (Italien), unterstrich die Notwendigkeit von Planung und Kontrolle des Transports und der Logistik im Mittelmeerraum. Sie erfüllten wichtige Aufgaben. Peter Abelmann, Manager des Logistik-Cluster Nordrhein-Westfalen beschrieb am Beispiel seines Bundeslandes die Bedeutung von Pipelines und Wasserwegen. Sie seien wichtige Achsen für die Chemielogistik in Europa, so Abelmann.



Wolfgang Schnabel, Senior Supply Chain Manager, Dow Olefinverbund GmbH: Das Thema Chemielogistik gehört auf die Tagesordnung der Gespräche zwischen der Europäischen Union mit Russland und der Ukraine.



Vaclav Zivec, Verband der Chemischen Industrie der Tschechischen Republik: Im internationalen Güterverkehr sind Sicherheitsstandards einzuhalten. Es müssen mehr Güter von der Straße auf die Schiene.



Claudio Nava, Assessor, Provinz Novara (Italien): Planung und Kontrolle von Transport und Logistik im Mittelmeerraum erfüllen wichtige Aufgaben



Thomas Wobben, Leiter des Büros der Vertretung Sachsen-Anhalts bei der EU: Regionale Netzwerke sind zu stärken, regionale Innovationsketten zu knüpfen. 2012 müssen Inhalte der EU-Strukturfonds für die Förderperiode bis 2020 zu beraten werden. 2012 werden die strategischen Weichen gestellt. In den Jahren danach wird das Geld verteilt.

Braunkohle wird wieder zum Rohstoff für die mitteldeutsche Chemie



Bildunterschrift!!!!!!!!!!!!!!!

Die Braunkohle als Chemierohstoff steht in Mitteldeutschland vor einer Wiederauferstehung. Die Verknappung der Ausgangsstoffe Erdöl und Erdgas, die einseitige Abhängigkeit von ihnen, steigende Preise und das nahende Nach-Erdölzeitalter beflügeln die Renaissance des einheimischen Rohstoffes. Im Jahr 2008 haben sich in der Region Halle-Merseburg-Leipzig zehn regional verwurzelte Unternehmen und zwei Hochschulen zusammen gefunden, um neue Technologien für die stoffliche Nutzung der Braunkohle zu entwickeln. Die von ihnen angestrebte Integration der Braunkohle in die chemische Industrie wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung mit dem Projekt „Innovative Braunkohlen Integration in Mitteldeutschland“ (ibi) gefördert.

Neuer Schwung

Die Vorbereitung auf die Ära nach dem Erdöl bekommt jetzt weiteren Schwung. Sachsens-Anhalts Ministerpräsident, Rainer Haseloff, hat eine Initiative zur Bildung einer deutschen Plattform gestartet, die die

Bemühungen zur stofflichen Braunkohle-Verwertung unterstützen soll. Beteiligt daran sollen die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und möglicherweise auch Bayern sein, sagte Gunthard Bratzke, Leiter der ibi-Geschäftsstelle und Geschäftsführer der isw-GmbH Halle, im Vorfeld der ECRN-Konferenz im Newsletter der Investitions- und Marketinggesellschaft Sachsen-Anhalt. Die isw-GmbH koordiniert auch die Tätigkeit des Zukunftsclusters Chemie/Kunststoffe Mitteldeutschland. Die Braunkohle als Chemierohstoff hat nach Bratzkes Worten jedoch nur eine Zukunft, wenn von den Ländern, vom Bund und der Europäischen Union entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden. Als einen wichtigen Erfolg bezeichnet er deshalb, dass das Thema „stoffliche Verwertung von Braunkohle“ in das 2,5 Milliarden Euro teure Energieforschungsprogramm der Bundesregierung aufgenommen worden ist. Es sieht unter anderem vor, dass eine großtechnische Demonstrations-Anlage errichtet wird. „Voraussichtlich in Leuna“, sagt Bratzke.

„Mitteldeutschland hat so die Chance, weltweit zum Vorreiter für Dienstleistungen, Verfahren und Anlagen für eine zukunftsweisende stoffliche Nutzung der Braunkohle zu werden“, heißt es bei ibi. Die stoffliche Verwertung der Braunkohle ist auch Bestandteil der High-Tech-Strategie der Bundesregierung. Sie werde als bedeutende Brückentechnologie in das Nach-Erdölzeitalter anerkannt. „Das ist ein großer Erfolg“, sagt der Leiter der ibi-Geschäftsstelle.

Von der Landesregierung Sachsen-Anhalt ist Mitte Oktober ein Positionspapier beschlossen worden, das auf die Profilierung der Kohleforschung auf der Ebene von Bund und EU orientiert.

Gemeinsame Position

Damit existiert eine gemeinsame Position von ibi und dem Cluster Chemie/Kunststoffe Mitteldeutschland und der Landesregierung Sachsen-Anhalts, die schrittweise durch andere Landesregierungen mitgetragen werden soll. Damit soll über den Bund Einfluss auf die Ausgestaltung des Rahmenschwerpunktplans der EU und somit auf die Finanzierung der geplanten weiteren Forschungsvorhaben u.a. der Errichtung einer Demonstrationsanlage genommen werden.

Auch von Seiten der Industrieverbände erhält die Aufwertung des Chemierohstoffes Braunkohle laut Bratzke viel Unterstützung. Besonders der Debriv - Bundesverband Braunkohle - sei sehr engagiert. Begleitet wird das Vorhaben auch vom Europäischen Parlament. Dort ist das Thema in der sogenannten Kohlerunde

verankert.

Der Brandenburger Europa-Abgeordnete Christian Ehler hat 240 Abgeordnete des Europäischen Parlaments dafür interessiert.

Für Mitteldeutschland ergeben sich aus der Wiederauferstehung der Braunkohle als Chemierohstoff vielfältige Chancen. „Für Sachsen-Anhalt entstehen strukturbestimmende Wirkungen“, sagt Bratzke. Um gleichzeitig eine effiziente Verarbeitung und eine maximale Wertschöpfung zu gewährleisten, ist es notwendig eine ganzheitliche Prozess-Kette von der Lagerstätte über die Gewinnung bis hin zur Veredlung aufzubauen. Dafür wären Investitionen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro erforderlich. Das wäre nicht nur eine der größten Investitionen in Ostdeutschland, sondern würde auch die Zukunftsfähigkeit Sachsens-Anhalts stärken. Denn das betreffe nicht nur die Chemie, sondern auch weitere Bereiche wie Energie, Transport, Logistik und Anlagenbau. Sachsen-Anhalt und ganz Ostdeutschland könnte die Themenführerschaft in einem zukunftssträchtigen Innovationsbereich erlangen. Selbst Europa würde im globalen Wettbewerb gestärkt. Denn international, so in den USA, in China und Südafrika wird Kohle bereits großtechnisch für chemische Zwecke eingesetzt.

Lange Tradition

„Von der Badehose über Kunststoffe bis hin zu Kraftstoffen ist aus Braunkohle alles machbar“, erläutert Andreas Hiltermann, Geschäftsführer der InfraLeuna GmbH und Sprecher des Clusters Chemie/Kunststoffe

Mitteldeutschland. Er verwies auf die lange Tradition, die Leuna bei der Kohleverarbeitung besitzt. „Wir benötigen aber einen Technologiesprung“, fügt er hinzu. Auch er sieht in den möglichen 1,5 Milliarden Euro an Investitionen riesige Chancen. „Allerdings“, so fordert Hiltermann, sind dafür Rahmenbedingungen notwendig, die die

„langfristige Bereitstellung der Rohstoffe sichern.“ Auch der Sprecher des Clusters Chemie/Kunststoffe Mitteldeutschland, Christoph Mühlhaus, sieht einen erfolgversprechenden Weg hin zur stofflichen Verwertung der Braunkohle als Brückentechnologie. „Wir können damit zum Technologieführer werden“, ist er überzeugt.

„Dieser Weg wird aber nur erfolgreich sein, wenn über die Aktivitäten von ibi hinaus eine Vielzahl von abgestimmten Aktivitäten der Länder, des Bundes und der EU die Renaissance der Braunkohle als Rohstoff für die Chemie in Mitteldeutschland fördern und sichern helfen“, so Mühlhaus.



Christoph Mühlhaus, Sprecher des Clusters Chemie/Kunststoffe Mitteldeutschland: Die Region kann mit der stofflichen Verwertung von Braunkohle zum weltweiten Technologieführer werden. Dieser Weg wird aber nur erfolgreich sein, wenn durch abgestimmte Aktivitäten der Länder des Bundes und der EU die Braunkohle als alternative Rohstoffbasis für die Chemieindustrie gefördert wird.

„Meisterleistung“: Der Kongress zog in das Steintor-Varieté um

Der 9. Kongress des Netzwerkes der europäischen Chemieregionen wird nicht nur wegen seines weit in die Zukunft weisenden Themas und seiner reichen Ergebnisse in Erinnerung bleiben. Die zeitweise am Konferenzort in der Händel-Halle herrschende „Bombenstimmung“ hebt die Veranstaltung aus der Reihe der voran gegangenen Kongresse heraus. Die Oberbürgermeisterin Halles, Dagmar Szabados, hatte schon während ihres Grußwortes um Verständnis gebeten, dass Sie den Kongress umgehend verlassen müsse. Auf dem Weg zu den Chemie-Experten habe Sie erfahren, dass in der Innenstadt eine Fliegerbombe aus dem Zweiten Weltkrieg gefunden worden sei. „Ich muss da jetzt hin, die muss entschärft werden“, sagte sie und

ernstete für diese Formulierung Heiterkeit. Ernster wurde es zwei Stunden später. Die Bombe lag nur wenige hundert Meter von der Händel-Halle entfernt. Die Innenstadt musste evakuiert werden. Das betraf 20 000 Menschen. Ohrenzeugen behaupten, es sei Frau Szabados zu verdanken, dass der Kreis, aus dem die Menschen in Sicherheit gebracht werden mussten, nicht auch das Steintor-Varieté einschloss. Das hätte das Aus für den Chemie-Kongress bedeutet. So zog die Konferenz um. Ein Bus wurde organisiert. Autos wurden aus dem Gefahrenkreis gebracht. Die gesamte technische Ausrüstung, Beamer, Leinwände, Dolmetscher-Anlage, der Kaffee für den Nachmittag, das Essen für

den Abendempfang zogen um. Die Angestellten des Steintors hängten eine Schicht dran. Die Workshops tagten im Foyer, im großen Saal und in der Bar des Hauses. Steintor-Chef Rudenz Schramm berichtete am Rande aus der Geschichte des 150 Jahre alten Gebäudes. Alles klappte hervorragend. ECRN-Präsidentin und Sachsen-Anhalts Wirtschaftsministerin Brigitta Wolff, sprach vielen Konferenz-Teilnehmern aus dem Herzen als sie von der Varieté-Bühne herab angesichts dieser Umstände ein „dickes Lob für isw-Geschäftsführer Gunthard Bratzke und sein Team“ formulierte, die jederzeit alles im Griff gehabt hätten. „Das war eine Meisterleistung“, sagte Wolff.



ECRN Positionspapier Halle 2011

Die Förderung von nachhaltigem Wachstum und Beschäftigung in den europäischen Chemieregionen erfordert auch in Zukunft eine starke Kohäsionspolitik

Der ECRN Vorstand hat bei seiner Tagung am 26. Oktober in Halle ein Positionspapier bestätigt. Mit ihm reagiert er auf die kürzlich von der Europäische Kommission vorgelegten Vorschläge für den Finanzrahmen der Jahre 2014 – 2020 sowie der neuen Fondsverordnungen. Der CK Newsletter dokumentiert Auszüge aus diesem Papier. Mit Blick auf die künftige För-

derperiode sind aus Sicht der europäischen Chemieregionen vor allem folgende Punkte bedeutsam:

1. Die europäische Kohäsionspolitik muss auch weiterhin für alle Regionen in Europa nutzbar sein, um deren Anstrengungen zur Förderung von nachhaltigem Wachstum und Beschäftigung sowie zur harmonischen Entwicklung der EU insgesamt

zu unterstützen.

2. Die bisherigen Vorschläge der Kommission zum Umfang sowie zur künftigen Ausrichtung der Kohäsionspolitik werden daher im Grundsatz begrüßt.

3. Die Kohäsionspolitik soll einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die Ziele der Europa 2020 Strategie mit den Anstrengungen auf lokalen und regionalen Ebene zu verbinden.

Insofern ist es sinnvoll, den Einsatz der Strukturfonds auf Themenbereiche zu konzentrieren, mit denen eine möglichst große Hebelwirkung der Instrumente erzielt werden kann. Die Schwerpunktsetzung sollte jedoch dem partnerschaftlichen Prozess zwischen den Akteuren des jeweiligen Mitgliedstaats, der Regionen und der Kommission überlassen bleiben.

Fortsetzung Seite 7:

4. Die Kohäsionspolitik sollte integrierte Lösungen der verschiedenen Politikfelder und Themen auf regionaler Ebene berücksichtigen und unterstützen um sicherzustellen, dass die Regionen wettbewerbsfähig bleiben und sich gemäß ihren Stärken und Bedürfnissen entwickeln.

5. Eine rigide Vorgabe thematischer Schwerpunkte von europäischer Ebene oder gar Quoten für einzelne Themenbereiche lehnen die Chemieregionen ab. Sie würden den Mehrwert der Kohäsionspolitik, der in der passgenauen Gestaltung regionaler Strategien gemäß den örtlichen Anforderungen liegt, gefährden. Beschränkungen würden der Entwicklung und Umsetzung integrierter Entwicklungsstrategien, die sich aus dem Subsidiaritätsprinzip ableiten, sowie den spezifischen Potenzialen und dem Bedarf der Regionen entgegenstehen.

6. Die Chemieregionen sind ernsthaft darüber besorgt, auf welche Weise ihre Potenziale und Bedarfe berücksichtigt würden, sofern die Kommission weiterhin beabsichtigt, die Förderziele des EFRE in den „Übergangsregionen“ und den „Wettbewerbsregionen“ auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien sowie die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU und Innovation zu beschränken.

7. Die Chemieregionen erkennen die große Bedeutung des ESF an. Sie halten es daher für sachgerecht, dass der ESF künftig auch für Materialausgaben im Zusammenhang mit Investitionen in Sozial- und Humankapital in Anspruch genommen werden soll. Eine zentrale Quotierung des Anteils des ESF an den kohäsionspolitischen Ausgaben in den Übergangsgebieten in Höhe von 40% bzw. von 52% in den Wettbewerbsgebieten lehnen die Chemieregionen jedoch ab.

Der Anteil der Fonds muss ein Ergebnis der Programmierungsprozesse in den Fördergebieten sein und nicht zuletzt auch die Begrenzung der Gesamtmittelausstattung im Vergleich zur laufenden Förderperiode berücksichtigen.

8. Das Prinzip der Partnerschaft und der damit verbundenen aktiven Einbindung der Betroffenen vor Ort muss auch in Zukunft ein zentrales Element der Planung und Umsetzung der Kohäsionspolitik bleiben.

9. Im Hinblick auf die künftige Umsetzung der Kohäsionspolitik müssen die Anstrengungen zur Verfahrens- und Verwaltungvereinfachung verstärkt werden.

10. Aufgrund der derzeit in Europa durchgeführten Maßnahmen zur Reduzierung öffentlicher Defizite sollten die zukünftigen Regeln zur nationalen Kofinanzierung von Strukturfondsprogrammen so ausgestaltet werden, dass daraus keine zusätzlichen Finanzierungslasten für die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften entstehen.

11. Die Chemieregionen unterstützen die Überlegungen der Kommission, den Einsatz neuer Finanzierungsinstrumente nach 2013 weiter zu verstärken und thematisch auszubauen, um die Nachhaltigkeit der Förderung zu erhöhen. Sie weisen darauf hin, dass Rechtssicherheit für alle Beteiligten eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Anwendung von Finanzierungsinstrumenten und für ein stärkeres Engagement der Privatwirtschaft ist. Zwingend erforderlich ist ein klares, eindeutiges, vereinfachtes und für die gesamte Förderperiode verbindliches Regelwerk, dessen Auslegung und praktische Anwendung zwischen den Beteiligten verlässlich abgestimmt ist. Die Auswahl der für die jeweiligen Zielgruppen am besten geeigneten Instrumente oder Instrumentensets sollte jeweils durch die vor Ort handelnden Regionen erfolgen.

12. Im Hinblick auf die Verknüpfung von Kohäsionspolitik mit anderen EU-Politiken, insbesondere im Hinblick auf die Transeuropäischen Netze, muss sichergestellt werden, dass hier eine effektive und effiziente Anbindung der Regionen an die europäischen Energie- und Transportnetze ermöglicht wird.

13. Die Chemieregionen stehen einem „Performance bonus“ auf europäischer Ebene mit Skepsis gegenüber. Dieser könnte Konfliktpotenzial in sich bergen, wenn Fördergelder zum Nachteil einiger Mitgliedsstaaten einbehalten werden, während sie zum Vorteil anderer ausgegeben werden. Zum anderen ist es unklar, anhand welcher Kriterien eine tragfähige Entscheidung darüber getroffen werden könnte, welche Mitgliedsstaaten im Vergleich zu ihrer „Ausgangslage“ einen größeren Fortschritt hin zu den Zielen der Europa 2020 Strategie zu verzeichnen haben.

14. In einer zunehmend global aufgestellten Industrie ist es wichtig, dass der Industriestandort Europa seine Wettbewerbsfähigkeit erhält und ausbaut. Ein wichtige Rolle kann dabei die stärkere Vernetzung von Chemiestandorten und -regionen in Europa spielen. Das Prinzip der Verbundproduktion und der Entwicklung komplexer und grenzüberschreitender Wertschöpfungsketten ist ein wichtiges Erfolgsmerkmal der Chemieindustrie in Europa.

15. Die Europäischen Chemieregionen fordern daher die Europäische Kommission auf, die im Rahmen der Leitinitiative der Europa 2020 Strategie vorgeschlagenen Maßnahmen eng mit der Kohäsionspolitik zu verknüpfen.

16. Die Europäischen Chemieregionen fordern die beteiligten EU-Institutionen auf, die Verhandlungen über die mehrjährigen Finanzrahmen und in diesem Zusammenhang auch über die neuen Strukturfondsverordnungen

zügig zu führen und rechtzeitig zu beenden, damit der Beginn der neuen Förderperiode nicht verzögert wird.

17. Chemieregionen sehen dabei Herausforderungen an ihre regionale Entwicklung in folgenden Bereichen: Auswirkungen des demografischen Wandels, einschließlich der Folgen der Überalterung und der Abwanderung sowie deren wirtschaftliche und soziale Folgen; Erreichung der umwelt- und klimapolitischen Zielstellungen der Europäischen Union im Lichte der Europa 2020 Strategie; Maßnahmen zur Förderung von Energie- und Ressourceneffizienz; Maßnahmen zur Innovationsförderung

18. Zentrale Handlungsfelder für den künftigen Einsatz der Strukturfonds sollten aus Sicht der Chemieregionen daher in folgenden Bereichen liegen: Stärkung der Clusterentwicklung entlang der Wertschöpfungskette; Verstärkte Förderung von Forschung und Innovation u. a. durch Initiierung offener Innovationsprozesse; Verbesserte Einbindung regionaler Innovations- und Forschungsinitiativen in europäische Forschungs- und Innovationsnetzwerke; Maßnahmen zur Aus- und Weiterbildung, z. B. Profilierung der MINT Fächer in Schulen, um so den künftigen Arbeitskräftebedarf in den Chemieregionen zu decken; Gezielte Maßnahmen zur Modernisierung und zur Anpassung der wirtschaftsnahen Infrastruktur an die sich ändernden Anforderungen an moderne Chemiestandorte. Hierbei sind insbesondere auch neue und innovative Finanzierungsmodelle ggf. unter Einbeziehung der Europäischen Investitionsbank zu entwickeln; Förderung der grenzüberschreitenden, transnationalen und interregionalen Zusammenarbeit von Chemiestandorten und -regionen im Hinblick auf den Austausch bewährter Praktiken und bei der Entwicklung grenzüberschreitender Entwicklungsstrategien.

